

Die vorliegende Studie zum Polizei-Notruf, die im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien durchgeführt wurde, steht in einem zweifachen Kontext: Unmittelbarer Anlaß für Konzeption und Durchführung der Untersuchung war der seitens des Bundesministeriums für Inneres an das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie ergangene Auftrag, einen sozialwissenschaftlichen Ergänzungsband zum Sicherheitsbericht der österreichischen Bundesregierung zu verfassen. Im Rahmen dieser Fragestellung lag es durchaus nahe, sich einmal mit einem Aspekt der privaten wie öffentlichen (Un)Sicherheit zu befassen, der in den (meist kriminalitätsfixierten) medialen wie politischen Sicherheitsdiskursen systematisch zu kurz kommt, gleichwohl aber einige Relevanz für sich beanspruchen kann: Wie denn die polizeilich bearbeiteten akutereren Sicherheitsprobleme der Bevölkerung beschaffen sind, die an den Polizei-Notruf herangetragen werden und tagtäglich einige hundert Funkstreifeneinsätze auslösen - und wie sich die Routinen der polizeilichen Problembearbeitung darstellen.

Die Untersuchung steht aber auch in einem weiteren, länger zurückreichenden Forschungszusammenhang: Seit mehreren Jahren befassen sich die Forschungsprojekte des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie immer wieder mit verschiedenen Facetten ein und derselben Thematik: Dem Spektrum der im Alltag moderner Gesellschaften gebräuchlichen Problem- und Konfliktverarbeitungsstrategien und dem besonderen Stellenwert der "Mobilisierung von Recht" im Kontext dieser Handlungsstrategien, oder anders formuliert: Es geht um die Koexistenz von und das Spannungsfeld zwischen privaten, informellen und rechtlichen Varianten der Problem- und Konfliktverarbeitung. Auch innerhalb dieses theoretischen Bezugsrahmens ist die Befassung mit dem Polizei-Notruf und seiner Inanspruchnahme seitens der Bevölkerung durchaus angebracht.